

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 04.05.2011
Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 15:02 Uhr – 17:53 Uhr
Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist: 49 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Wolfgang Höhnel	CDU-Ratsfraktion	krank
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion	Dienstreise
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	privat
Herr Wolfgang Kraneis	SPD-Fraktion	Hauptversammlung Deutscher Städtetag
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	krank
Herr Jürgen Leistner	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE	Hauptversammlung Deutscher Städtetag
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE	persönliche Gründe
Frau Yvonne Weber	Fraktion DIE LINKE	krank

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	15:50 Uhr, TOP 7.2, dienstlich
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	15:31 Uhr, TOP 5, dienstlich
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	15:26 Uhr, TOP 5, Terminüberschneidung

Frühzeitiges Verlassen

Herr Dr. Ullrich Müller	CDU-Ratsfraktion	16:02 Uhr, TOP 7.3, dienstlich
-------------------------	------------------	-----------------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetau	Behindertenbeauftragte
Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Detlef Nonnen	Bürgermeister Dezernat 2
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3

Sachverständiger

Herr Ulrich Geissler Geschäftsführer CWE

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Katrin Ehnert Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annekatriin Falk Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel Amtsleiterin Amt 20
Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Sabine Widmann Abteilungsleiterin Abt. 30.1

Fraktionsangestellte

Frau Kristina Bierögel CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

-
- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Frau Bürgermeisterin Lüth aufgrund eines anderen Termins später zur Sitzung kommen wird und Frau Bürgermeisterin Wessler an der Sitzung des Deutschen Städtetages in Stuttgart teilnimmt und deswegen für die heutige Sitzung entschuldigt ist.

-
- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass die Beschlussvorlage B-095/2011 (TOP 7.5) auf Wunsch der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen wird.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) beantragt, die Beschlussvorlagen B-122/2011 (TOP 7.2) und B-118/2011 (TOP 7.3) in umgedrehter Reihenfolge zu behandeln.

Ferner zieht er die Änderungsanträge seiner Fraktion zu diesen Beschlussvorlagen zurück.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) spricht gegen den Antrag des Herrn Gintschel zur Änderung der Tagesordnung, da aus seiner Sicht die zwei Vorlagen nur in der ausgewiesenen Reihenfolge behandelt werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist auf die Gesetzgebung zur Bildung der Geschäftskreise hin und erklärt, dass die Geschäftskreise erst beschlossen werden können, wenn die Anzahl der Dezernate feststehe. Daher plädiere sie für die Beibehaltung der vorliegenden Tagesordnung.

Sie gibt die aktuelle Anwesenheit bekannt.

Abstimmung über den Antrag auf Änderung der Tagesordnung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (11 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

Die Tagesordnung ist somit mit der genannten Änderung festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 06.04.2011
-

Es liegt keine Einwendung vor. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Fördermitteln des Freistaates Sachsen für die Körperbehindertenschule

Im April dieses Jahres erfolgte durch die SAB eine Inaussichtstellung von Fördermitteln in Höhe von rund 11 Mio. € für die Chemnitzer Körperbehindertenschule. Derzeit werde das Raumprogramm überarbeitet, um am 15.06.2011 der SAB die überarbeiteten Planungsunterlagen übergeben zu können.

Denkmal 20 Jahre friedliche Revolution

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit großer Mehrheit beschlossen, anlässlich 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit ein Denkmal oder einen Gedenkort zu schaffen. Ein hierzu gestellter Fördermittelantrag wurde mit 15.000 € bewilligt, so dass der Umsetzung finanziell nichts im Wege steht. An der inhaltlichen Umsetzung werde derzeit gearbeitet. Somit würde einer Einweihung des Denkmals z. B. am 07.10.2011 nichts im Wege stehen, wobei über den Termin noch beraten werden kann.

Brückenbauvorhaben

Auch an den Brücken Dresdner Platz und Hartmannbrücke werde mit Fördermitteln gebaut.

Die Brücke am Dresdner Platz ist im Juni 2010 abgebrochen und eine provisorische Brücke errichtet worden. Das Behelfswerk ist ohne Tonnenbegrenzung und soll ungefähr 36 Monate genutzt werden. Insgesamt ist diese Brücke 27 m lang und 12 m breit. Es ist ein Fußweg eingeordnet und der Verkehr rollt mehr oder weniger reibungslos. Das erste Drittel der alten Brücke ist abgebrochen. Damit ist die notwendige Baufreiheit für die koordinierte Baumaßnahme mit der Deutschen Bahn AG für den Umbauknoten Hauptbahnhof hergestellt. Das Ende der Gleisbauarbeiten ist für 2011 geplant.

Der restliche Überbau des alten Brückenbauwerks soll ab Ende 2011 abgebrochen werden, so dass an dieser Stelle das neue Bauwerk Schritt für Schritt entstehen kann. Die Vergabe der Bauleistungen für den Brückenneubau erfolgt noch in diesem Jahr. Derzeit wird dafür das Leistungsverzeichnis erstellt. Als Baubeginn ist April 2012 avisiert. Das Bauende ist für Dezember 2013 geplant.

Baustart für die Bauarbeiten der Brücke an der Hartmannstraße war im Oktober 2008. Für die Weiterführung der Bauarbeiten musste in Folge des Hochwassers zunächst der Abbruch des Gebäudes Hartmannstraße 16 erfolgen und es kam zum Bauverzug. Es sei geplant, dass die Brücke im September 2011 freigegeben werden kann.

Kündigung der Hochschule für Musik und Theater Leipzig des Studiovertrages mit den Theatern Chemnitz

Die Leipziger Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ beabsichtigt den Vertrag mit der Schauspielschule Studio am Chemnitzer Theater ohne Erklärung nicht zu verlängern. Man habe noch die Hoffnung, dass man die autonome Hochschule in Leipzig überzeugen kann, ihre Entscheidung zu überdenken. Die Oberbürgermeisterin wird sich auch persönlich dafür einsetzen, dass die Erfolgsgeschichte gemeinsam fortgeschrieben werden kann. Gesellschaftliche Diskussionen diesbezüglich mit anzuregen und zu befördern, sei sicher in diesem Fall eine richtige Maßnahme.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) dankt im Namen seiner Fraktion Herrn Bürgermeister Nonnen für 10 Jahre fleißige und umsichtige Arbeit zum Wohle der Stadt Chemnitz und wünscht ihm in seiner neuen Funktion alles Gute.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) sagt, dass er sich an keine einzige Misstrauenserklärung an die Adresse von Herrn Bürgermeister Nonnen erinnern könne. Er denkt, dass dies ein Ausweis für die Qualität seiner Arbeit und auch der Zusammenarbeit sei. Dafür möchte er sich recht herzlich im Namen seiner Fraktion bei Herrn Bürgermeister Nonnen bedanken.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) dankt Herrn Bürgermeister Nonnen ebenfalls im Namen seiner Fraktion für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm viel Erfolg und alles alles Gute. Er hoffe, dass Herr Bürgermeister Nonnen der Kommune in der neuen Funktion trotzdem erhalten bleibe und er sich dort mit ganzer Kraft auch für das Wohl der Stadt Chemnitz einsetze.

Er dankt im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Fördermitteln für die Körperbehindertenschule besonders den Eltern, Kindern und Beschäftigten der Schule für ihren Langmut und ihre Geduld.

Im Zusammenhang mit der Information im Verwaltungs- und Finanzausschuss vom 31.03.2011 über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im 2. Halbjahr 2010 stellt er zu den Kritiken im Kassenbereich fest, dass diese Probleme nach wie vor offen seien. Er möchte wissen, warum diese Sachverhalte noch nicht geklärt sind. Er fordert die Oberbürgermeisterin auf, dafür zu sorgen, dass die Verwaltung zu ordnungsgemäßem Handeln zurückfinde.

Abschließend gibt er seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Stadtratsmitglieder zu Problemen mit fehlenden Fördermitteln bei der Musikschule und der Rettungsleitstelle aus der Presse erfahren haben. Er bittet darum, dass spätestens zur nächsten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses dazu entsprechend informiert werde.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Herrn Bürgermeister Nonnen für die geleistete Arbeit im Stadtrat bedanken. Sie sagt, es war ein großes Vergnügen mit Herrn Nonnen zusammen zu arbeiten, da sie sich immer sehr ernst genommen fühlte in der Arbeit als Stadträtin.

Ihre Fraktion verbinde dabei den Weggang des Herrn Nonnen zu eins Energie in Sachsen auch mit der Hoffnung der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses, dass so schnell wie möglich der Ausstieg aus der Atomenergie erfolge.

6 Petition

6.1 Ergänzung des Straßenverzeichnisses in der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: P-007/2011 Einreicher: Herr Uwe Löffler aus Chemnitz

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss P-007/2011

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis spätestens September 2011 eine Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz vorzulegen, mit der die Straßen „Eichlerstraße“ und „Auf der Kirchwiese“ in die Anlage der Satzung (Straßenverzeichnis) aufgenommen und der Reinigungsklasse C zugeordnet werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

7 Beschlussvorlagen

7.1 Entlassung des hauptamtlichen Bürgermeisters des Dezernates 2 gemäß § 41 Abs. 2 Sächs. Beamtengesetz aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit mit Ablauf des 31.05.2011.
Vorlage: B-126/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 11

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-126/2011

Der Stadtrat beschließt, Herrn Bürgermeister Detlef Nonnen mit Ablauf des 31.05.2011 entsprechend seinem Antrag aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit zu entlassen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)**

7.2 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-122/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht, welcher unter TOP 2 zurückgezogen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig führt aufgrund des fachlichen Zusammenhangs in die Thematik der Beschlussvorlagen B-122/2011 und B-118/2011 ein. Sie stellt fest, dass mit dem Ausscheiden von Herrn Nonnen und Frau Lüth zu überlegen war, welche Verwaltungsstruktur geeignet sei, zukünftige Anforderungen zu erfüllen. Dabei seien das Sachziel und die Ressourcenverantwortung als zwei Leitplanken bei wesentlichen Entscheidungen zu betrachten.

Sie habe nach der Information des Weggangs von Herrn Nonnen mit den Fraktionen Kontakt aufgenommen, um eine Meinungsbildung zum Einvernehmen vorzubereiten. Es war von Beginn an klar, dass das Dezernat 5 erhalten bleiben solle, die Anzahl der Dezernate jedoch war zu bedenken. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage schlägt die Verwaltung die Reduzierung auf vier Dezernate vor. Dabei war als Hintergrund auch zu sehen, dass die Aufgabenverteilung relativ gerecht zwischen den Dezernaten erfolge. Aus Sicht der Verwaltung sei es die richtige Entscheidung, Fach- und Ressourcenverantwortung so zusammenzutragen.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bezieht sich auf die Diskussion im Verwaltungs- und Finanzausschuss und sagt, dass einige Stadtratsmitglieder der Meinung waren, das Amt 17 dem Dezernat 6 und das Amt 31 dem Dezernat 1 zuzuordnen. Dies sei Gegenstand des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der permanent laufende Prozess der Personalentwicklung ohne Konzept und die Fehlentscheidung zur Einrichtung eines fünften Dezernates zu einer Verwaltungsstruktur führte, die dem Anspruch der Moderne nicht gerecht werde. Beispielgebend nennt er hierfür die konfuse Struktur des Dezernates 3 und die Aufgabe eines kompakten Bau- und Stadtentwicklungsdezernates durch das Herauslösen des Umwelt- und Hochbauamtes. Aus Sicht seiner Fraktion bestehe akuter Handlungsbedarf. Die größte Herausforderung, vor der die Kommunen stehen, sei die Sicherung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung unter immer schwerer werdenden Rahmenbedingungen. Doppik und Beteiligungsmanagement stellen höchste Anforderungen an die kommunale Finanzverwaltung dar, was aus Sicht seiner Fraktion ohne ein eigenständiges Finanzdezernat nicht zu leisten sei. Deshalb fordere die Fraktion DIE LINKE den Erhalt des Dezernates 2 und umgehend die Ausschreibung für einen Finanzbürgermeister durchzuführen.

Er sagt, dass seine Fraktion ihre Vorstellungen sehr gern mit der Oberbürgermeisterin im Prozess des Herstellens des Einvernehmens diskutiert hätte. Doch dieser sei an der Fraktion vorbeigegangen. Schnellschüsse, ausschließlich orientiert an der aktuellen Personalzusammensetzung der Verwaltungsspitze, seien kontraproduktiv, zumal noch kein Organisations- und Personalentwicklungskonzept existiere. Es dürfe nicht der zweite Schritt vor dem ersten getan werden. Es solle der mit dem Haushaltsicherungskonzept stellenkonkret beschlossenen Personalabbau als Orientierung und quantitative Zielstellung im Prozess der Personal- und Strukturentwicklung genutzt und endlich mit einer fundierten Aufgabenkritik verbunden werden. Man solle sich an klaren Strukturen für ein Finanzdezernat, ein Sozialdezernat, ein Dezernat Bau- und Stadtentwicklung orientieren und den mit dem Haushaltsiche-

rungskonzept beschlossenen Termin 2015 für eine Fusionierung der Dezernate 1 und 3 nutzen. Die dabei anzustrebende effiziente Verwaltung koste eventuell, aber aus seiner Sicht nicht zwingend, in den nächsten Jahren ein paar EURO mehr, als eine auf 4 Dezernate zusammengeschossene Verwaltungsstruktur. Aber schon mittelfristig sei dies sicher der sparendste Weg.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bittet um die Darstellung, welches Einsparungspotential wegfallen würde, wenn dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE gefolgt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass die Einsparsumme bei Wegfall eines Dezernates bis zum Jahr 2015 kumuliert 350.000 € betragen würde.

Herr Bürgermeister Brehm spricht zum Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ und denkt, dass es unstrittig sei, Gebäudemanagement und Hochbau zusammen zu fassen. Es gäbe aus Sicht der Verwaltung keine Veranlassung diesbezüglich eine Änderung vorzunehmen.

Zu den Ausführungen des Herrn Schinkitz weist er darauf hin, dass der Stadtrat mit dem EKKO die Entwicklung der Stellenbemessung als auch des Stellenbedarfs bis 2015 beschlossen habe und somit keine Entscheidungen mehr getroffen werden müssen. Mit dem OPEK gehe es um die Jahre ab 2016, wobei es hier um Strategien der Personalbeschaffung gehen werde. Hier sei eine Beschlussfassung in den Jahren 2013/2014 ausreichend.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig geht noch einmal darauf ein, dass sie versucht habe das Einvernehmen herzustellen.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) beantragt aufgrund der Ausführungen des Herrn Bürgermeister Brehm Einzelabstimmung über die Beschlusspunkte 1 und 2 des Änderungsantrages seiner Fraktion. Abschließend äußert er, dass mit dem Fraktionsvorsitzenden seiner Fraktion kein Gespräch zur Herstellung des Einvernehmens erfolgt sei.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass sich seine Fraktion bereits im Jahr 2007 gegen die Bildung eines fünften Dezernates ausgesprochen habe. Es sei bewiesen, dass die Verwaltung mit vier Dezernaten geleitet werden könne, da es aufgrund weniger Schnittstellen einfacher und rationeller innerhalb der Dezernate werde. Solle festgestellt werden, dass die Struktur nicht gut funktioniere, könnten auch Änderungen beschlossen werden. Die Fraktion FDP unterstütze daher die Beschlussvorlagen.

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) äußert seine persönliche Meinung und stellt voran, dass niemand auf die Idee käme das Bundesministerium für Finanzen oder das Staatsministerium für Finanzen abzuschaffen, um das Gehalt der jeweiligen Minister zu sparen. Er sei persönlich absolut gegen diesen Schritt und halte es für gefährdend, den Bereich, der künftig immer stärker die Kommunalpolitik bestimmen und regeln werde und der eine objektive Planungs- und Kontrollfunktion eingenommen habe, irgendwo unterzubringen. Er vermute hinter diesem Weg keine primär ökonomischen, sondern politische Gründe.

Beschluss B-122/2011

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Somit wurde die erforderliche Mehrheit erreicht.

- 7.3 Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Stadtverwaltung Chemnitz
Vorlage: B-118/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 18
-

Zur Beschlussvorlage wurde je ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zu Beginn zum Abstimmungsprocedere.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein. Ihre Fraktion könne sich vorstellen, dass die Kämmererei sowie das Kassen- und Steueramt als Stabsstelle der Oberbürgermeisterin zugeordnet werden. Dabei sei bekannt, dass die Oberbürgermeisterin nicht Finanzbedienstete der Gemeinde sein könne. Es sei aber möglich, dass die derzeitige Amtsleiterin des Kämmereriamtes dies durchaus machen könne. Darüber hinaus beantrage sie ergänzend die Fusion des Kassen- und Steueramtes mit der Kämmererei.

Sie fragt im Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, dass Herr Bürgermeister Brehm gleichzeitig Fachbediensteter für Finanzen werden solle, ob er beide Voraussetzungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erfülle.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass aus ihrer Sicht nach Abwägung des Für und Wider die Zuordnung der Kämmererei innerhalb der Dezernatsstruktur sinnvoll sei.

Herr Bürgermeister Brehm erklärt, dass er die Voraussetzungen entsprechend § 62 (2) SächsGemO erfülle und begründet dies. Er sei Diplombetriebswirt (FH) und erfülle somit die Voraussetzungen des Punktes 1. Die Voraussetzungen einer Tätigkeit im Finanzbereich entsprechend Punkt 2 erfülle er ebenfalls, unabhängig von seiner 20-jährigen Tätigkeit als Bürgermeister u. a. durch seinen Vorsitz des Rettungszweckverbandes Chemnitz. Als Kerngeschäft des Kämmerers sehe er für die Zukunft die Effizienzsteigerung nach innen und den Kampf um Einnahmen nach außen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) glaubt, dass die Zuordnung der Kämmererei zum Dezernat 1 begründet sei und nennt als Beispiel für ein mögliches gutes Gelingen bei ähnlicher Struktur die Stadt Dresden. Lediglich aus der Bezeichnung des Dezernates solle die Zuordnung der Kämmererei noch deutlicher hervorgehen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wirbt für den Vorschlag ihrer Fraktion. Diese sehe durch den zu erfolgenden Abbau von 600 Stellen, den mit dem EKKo beschlossenen Einsparmaßnahmen im Amt 18 und der Neuordnung des Hochbaus ein erhebliches Arbeitspensum im Dezernat 1. Auch unter dem Aspekt der gerechten Aufteilung fände ihre Fraktion die Zuordnung der Kämmerei für nicht begründet. Auch denke ihre Fraktion, dass die Kasse unabhängig von Bereichen, welche in größerem Umfang Geld benötigen, sein solle. Deshalb werde vorgeschlagen, dies in Form einer eigenständigen Kämmerei der Oberbürgermeisterin zuzuordnen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass es immer die Gesamtverantwortung der Oberbürgermeisterin sei, den Haushalt zu erstellen, die Beratung darüber jedoch immer in einem gemeinschaftlichen Prozess erfolge. Und trotzdem fände sie es richtig, dass die Kämmerei in einem Dezernat eingeordnet sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass die Haushaltsaufstellung durch die Kämmerei erfolge. Und dem Fachbediensteten für das Finanzwesen werde nach Sächsischer Gemeindeordnung ein Widerspruchsrecht gegenüber der Oberbürgermeisterin zugesprochen. Insofern handle es sich auch um eine exponierte Stellung.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss B-118/2011

1. Das Dezernat 2 wird mit Ausscheiden des Bürgermeisters Detlef Nonnen aufgelöst.
2. Die Geschäftsbereiche der Dezernate 1, 3, 5 und 6 werden zum gleichen Zeitpunkt wie folgt festgelegt:

Dezernat 1: Personal, Finanzen und Organisation

11 Personalamt
17 Gebäudemanagement und Hochbau
18 Amt für Organisation und Informationsverarbeitung
20 Kämmerei
21 Kassen- und Steueramt
37 Feuerwehr

Dezernat 3: Recht, Sicherheit und Umweltschutz

30 Rechtsamt
31 Zentrale Verwaltungsdienste und Beschaffungsstelle
32 Ordnungsamt
33 Bürgeramt
36 Umweltamt
39 Lebensmittelüberwachungs-/Veterinäramt
48 Tierpark

Dezernat 5: Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport

40 Schulverwaltungsamt
47 Stadtarchiv
49 Kunstsammlungen Chemnitz
50 Sozialamt
51 Amt für Jugend und Familie
52 Sportamt
53 Gesundheitsamt

Dezernat 6: Stadtentwicklung und Bau

61 Stadtplanungsamt
62 Städtisches Vermessungsamt
63 Baugenehmigungsamt
66 Tiefbauamt
67 Grünflächenamt
23 Liegenschaftsamt

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

Damit entfällt die Abstimmung zu den Änderungsanträgen.

- 7.4 Aufstockung der zweckgebundenen investiven Rücklage aus dem vorläufigen
Jahresergebnis 2010
Vorlage: B-113/2011 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-113/2011

1. Der Stadtrat beschließt die Aufstockung der zweckgebundenen investiven Rücklage für Schulbaumaßnahmen gemäß Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.
2. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Chemnitzer Schulmodell, die Körperbehindertenschule und das Heim für körper- und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche gemäß Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage.
3. Die Zweckbindung der Rücklage erfolgt gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage. Die aus der Rücklage zu tätigen Auszahlungen sind zwischen den Maßnahmen bis zur Gesamthöhe der Rücklage gegenseitig deckungsfähig.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.5 Vorschlag zur Neuwahl des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung
"Johanneum"
Vorlage: B-095/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 7.6 Verschmelzung der City-Management und Tourismus Chemnitz GmbH (CMT) mit
der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (CWE)
Vorlage: B-111/2011 Einreicher: Dezernat 2/Amt20
-

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
ausgereicht.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und erklärt, dass die CMT immer Probleme mit dem Kulturmanagement innerhalb des Tourismusmarketing habe. Mit dem direkten Auftrag Kulturmarketing zu machen, wäre der neuen CWE auch ein Mittel des Einforderns an die Hand gegeben. Hierbei gehe es nicht immer nur um Geld, sondern um eine bessere Zusammenarbeit und Koordination der Maßnahmen. Für diese Koordination käme aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur die neue CWE in Frage.

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) bezieht sich auf die Aussage von Herrn Quast, dass sich die Stadträte darüber im Klaren sein müssen, dass die Verschmelzung der Tourismusgesellschaft mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Folgen haben werde und es auf Grund der Mittelkürzung nicht eins zu eins weitergehen könne. Im Widerspruch zum definierten Schwerpunkt Kongressmarketing stehe, dass dieses Thema offensichtlich mit der Verschmelzung von CMT und CWE in die zweite Reihe rücke. Er frage sich, welchem Konzept diese Verschmelzung entgegenstehe, wenn man auf den Erfahrungsschatz einer Mitarbeiterin, deren Arbeitsschwerpunkt das Kongressmarketing sei, zukünftig verzichten werde. Seine Frage in der Aufsichtsratssitzung, ob die Aufgaben, die bisher die CMT erfüllt habe, getrennt von den Aufgaben der CWE bleiben, wurde eindeutig bejaht. Werde der Beschlussvorlage heute zugestimmt, entziehe sich der Stadtrat der direkten Einflussnahme auf den Prozess der Verschmelzung, ohne dass ein konkretes Konzept und abrechenbare Ziele vorliegen. Er möchte anregen, dass die Verwaltung nach Lösungen suche, dass das Thema Wirtschaft, Wirtschaftsförderung und Tourismus mit den Schwerpunkten Kongressmarketing im Stadtrat oder in einem seiner Ausschüsse regelmäßig thematisiert werde. Er wünscht, dass der Prozess der Verschmelzung nochmals im Stadtrat thematisiert werde und könne der Vorlage in der jetzigen Fassung nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Geschäftsbereich um die Kultur erweitert werde. Mit dem EKKo wurde das Budget der CWE/CMT gekürzt und mit der Erweiterung dieses Geschäftsbereiches ginge dies über die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten weit hinaus. Deswegen stimme er gegen den Änderungsantrag.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass mit dem Bekanntwerden des Weggangs von Herrn Quast eine Aufgabenkritik zu den zukünftigen Schwerpunktaufgaben erfolgte. Dies wurde auch intensiv im Aufsichtsrat diskutiert und es gab ein einstimmiges Votum für die Verschmelzung.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass eine Wirtschaftsförderung benötigt werde, die fehlende Steuereinkommen über Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskraft wieder ausgleiche. Er informiert, dass im Aufsichtsrat über ein Jahr darüber gestritten wurde und er verstehe nicht, in welchem Ausschuss diese Thematik diskutiert werden solle. Er werde der Beschlussvorlage zustimmen, habe aber ein schlechtes Gewissen dabei, da er Angst habe, dass die Wirtschaftsförderung mit der Verschmelzung als ein Nebenfach verloren gehe. Als Aufgaben sehe er Standortmarketing, Ansiedlung, Gründerinitiativen, Fachkräfteinitiativen und die Kooperation zu den Landkreisen. Und er stimme der Vorlage zu, da er am Ende des Jahres eine Abrechnung möchte. Er nehme es als einen Auftrag mit, im Aufsichtsrat der CWE weiter dafür zu arbeiten, die Wirtschaftsförderung zu untersetzen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) denkt, dass ein Impuls für das City-Management durch die Verschmelzung nicht erreicht werde. Sein Standpunkt sei, dass für die Erhöhung der Besucherzahlen die Leiter der jeweiligen Kultureinrichtungen zuständig seien. Auch sollten Gutachten als Denkanstoß, aber nicht als Ersatz für eigenes Denken, genutzt werden.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus seiner Sicht Sinn mache. Er verstehe die Zuordnung von Kulturmanagement nicht so, dass die künftige Gesellschaft die Verantwortung für die kulturellen Einrichtungen zu übernehmen habe, sondern bestimmte Dinge miteinander koordinieren solle. Zur Frage des Kongressmarketings erinnert er an den Beschluss zur Verschmelzung der Stadthalle mit der Messe. So wurde ganz bewusst das Kongressmarketing in diese neue Gesellschaft hinein gegeben. Die Verwaltung solle nochmals darüber nachdenken, inwieweit Tourismusförderung auch eine Funktion von Wirtschaftsförderung sei und einen Wirtschaftsfaktor habe.

Herr Geißler (Geschäftsführer CWE) geht auf die Diskussionsbeiträge ein. Man müsse getrennt von einander betrachten, wie man sich mit der Wirtschaftsförderung und dem Tourismusmarketing in Chemnitz aufstelle und wie die Beziehungen zum Umland organisiert werden. Hier sei es so, dass die CWE unmittelbar nach der Auflösung der WIREG die Initiative ergriffen habe und seitdem mit den Wirtschaftsförderern der Region Chemnitz in regelmäßigen Abständen auch gemeinsame Projekte vorangetrieben werden.

Er führt aus, dass die Darstellung, das Kongressmarketing sei ein Teil des Standortmarketings eine verkürzte Darstellung sei und erläutert den Sachverhalt.

Zum Kulturmarketing erklärt er, dass dies in erster Linie eine Aufgabe der Kultureinrichtungen sei. Gleichwohl solle für die Zukunft überlegt werden, wie durch eine bessere Koordination des Marketings dieser Institutionen das Gesamtmarketing intensiviert werden könne. Die CWE sei dazu uneingeschränkt bereit.

Herr Bürgermeister Nonnen sagt, dass er erstaunt über die Diskussion sei, da sowohl im Aufsichtsrat als auch im Verwaltungs- und Finanzausschuss nach Diskussionen die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Es habe jeder die Möglichkeit gehabt, die Studie in der CWE einzusehen. Hier werde aussagekräftig dargelegt, dass durch eine Zusammenlegung 100.000 € an Synergien entstehen, die nicht dem städtischen Haushalt zu Gute kommen sollen, sondern durch die Verschmelzung in der Gesellschaft bleiben.

Er weist auch darauf hin, dass die Landesförderung zurück gehe und deshalb die Gesellschaft auf diese Synergien angewiesen sei. Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt er, dass es nicht möglich sei, kurzfristig das Kulturmanagement als Aufgabe mit aufzunehmen. Hierzu wäre es auch nötig gewesen, die Entscheidung im Vorfeld mit den Einrichtungen zu besprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sei erstaunt, dass Herr Reinshagen den Erfolg der Wirtschaftsförderung in Chemnitz in Frage stelle und weist in diesem Zusammenhang auf den wesentlich höheren Jahresabschluss 2010 hin, welcher durch den Chemnitzer Mittelstand erwirtschaftet wurde. Dies sei auch ein Zeichen dafür, dass sich viele Unternehmen gut entwickeln.

Frau Bürgermeisterin Lüth spricht zur Problematik der Einfügung des Kulturmarketings als Aufgabe für die CWE. Sie sagt, dass es im kulturellen Bereich ungeheurer starke Partner in der Stadt gäbe und sie sich nicht vorstellen könne, dass sich diese Institutionen ohne weiteres in ein Gefüge anpassen. Die Idee, ein einheitliches Marketing in diesem Bereich zu erreichen, sei richtig und sie könne sich vorstellen, dass dies in den nächsten Jahren erreicht werden könne. Dies brauche aber eine wirkliche Diskussion innerhalb der Einrichtungen mit einer bestimmten Zielrichtung.

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) sagt, dass er zum Erfolg des Mittelstandes nicht widerspreche, aber er frage sich, wo dann konkret der Anteil der CWE daran liege. Er sei nicht prinzipiell gegen die Verschmelzung, sondern gegen eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt ohne dass eine Struktur bzw. ein Konzept vorliege.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion, da für ihn die lange kontroverse Diskussion fragwürdig sei, nachdem die zuständigen Gremien dem Stadtrat die Beschlussfassung empfohlen haben.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(37 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(8 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-111/2011

Der Stadtrat beschließt:

1. die Verschmelzung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH mit der City-Management und Tourismus Chemnitz GmbH per 01.01.2011. Der Stadtrat ermächtigt hierfür den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz, in der Gesellschafterversammlung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH allen notwendigen Beschlüssen, Verträgen und Rechtshandlungen zur Umsetzung dieser Verschmelzung zuzustimmen.
2. den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH zu ermächtigen, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH gemäß Anlage 3 vorbehaltlich redaktioneller Änderungen zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen)**

- 7.7 Überführung der Aufgaben der Regionalen Aufbaugesellschaft mbH (TGR) auf die Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH (FBZ), Änderung des Gesellschaftsvertrages und Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH

Vorlage: B-104/2011

Einreicher: Dezernat 2/Amt 20

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingereicht.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) bringt den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründet diesen. Sie sagt, dass mit der Überführung der TGR in das FBZ das Geschäftsfeld des FBZ zwar erweitert werde, aber aus Sicht ihrer Fraktion ein Aufsichtsrat mit sechs Vertretern die Aufgaben ebenso erfüllen könne. Auch stehe dies in Verhältnismäßigkeit mit den tatsächlich fest angestellten Mitarbeitern des neuen FBZ und den anderen städtischen Unternehmen.

Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (33 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
 7 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (37 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)**

Punkt 4 des Beschlussvorschlages

Vertreterin der Verwaltung

Zur Wahl vorgeschlagen wird Frau Heidemarie Lüth.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
 (46 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl der sieben Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Da mehr als ein Platz zu besetzen ist, gilt nach § 98 Abs. 2 Satz 2
SächsGemO § 42 Abs. 2 entsprechend.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Kai Rösler

Wahlvorschlag 2: Fraktion FDP

Herr Gordon Tillmann

Wahlvorschlag 3: CDU-Ratsfraktion

Frau Ines Saborowski-Richter
Herr Joachim Höfler

Wahlvorschlag 4: SPD-Fraktion

Frau Dr. Heidemarie Becherer
Herr Eckehard Bauer
Frau Steffi Barthold

Wahlvorschlag 5: Fraktion DIE LINKE

Frau Sabine Pester
Herr Dr. Peter Neubert

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Als Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates vorgeschlagen. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 50
abgegebene Stimmen: 50

davon
gültige Stimmen: 50
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 4 Stimmen
Wahlvorschlag 2: 9 Stimmen
Wahlvorschlag 3: 14 Stimmen
Wahlvorschlag 4: 12 Stimmen
Wahlvorschlag 5: 11 Stimmen

Somit sind **Herr Rösler, Herr Tillmann, Frau Saborowski-Richter, Herr Höfler, Frau Dr. Becherer, Herr Bauer und Frau Pester** gewählt.

Beschluss B-104/2011

Der Stadtrat beschließt:

1. den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH - CWE – zu ermächtigen, der Auflösung der Regionalen Aufbaugesellschaft mbH (TGR) mit Beginn des 01.07.2011 zuzustimmen.

2. den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH zu ermächtigen der nachfolgenden Änderung des Gesellschaftsvertrages der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH in § 10 Abs. 1 und 2 zuzustimmen.

§ 10

Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates

1. Die Gesellschaft hat einen aus ~~sechs~~ **acht** Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat.

2. Die ~~sechs~~ **acht** Aufsichtsratsmitglieder werden durch den Stadtrat widerrufen bestellt. Dem Aufsichtsrat können der/die Oberbürgermeister/in der Stadt Chemnitz oder ein von ihm/ihr vorgeschlagener Vertreter der Verwaltung, der über für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde verfügen soll, angehören. Auf der Grundlage des § 98 SächsGemO können ~~fünf~~ **sieben** weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat aus der Mitte des Stadtrates der Stadt Chemnitz widerrufen bestellt werden.
3. Der Stadtrat beschließt, die bisher vom Stadtrat gewählten und entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH abzurufen.
4. Der Stadtrat wählt und bestellt widerrufen die u. g. Personen in den Aufsichtsrat der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH.

Verwaltungsvertreterin	Frau Bürgermeisterin Heidemarie Lüth
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herrn Kai Rösler
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herrn Gordon Tillmann
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Ines Saborowski-Richter
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herrn Joachim Höfler
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Dr. Heidemarie Becherer
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herrn Eckehard Bauer
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Sabine Pester

- 7.8 Teilnahme von 12 kommunalen Kindertageseinrichtungen am Bundesprogramm "Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration"
Vorlage: B-130/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-130/2011

Der Stadtrat beschließt die Teilnahme von 12 kommunalen Kindertageseinrichtungen am Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(41 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.9 Bauausführungsbeschluss für die Maßnahme "Sanierung des ehemaligen Chemiehandels, Werner-Seelenbinder-Straße"
Vorlage: B-084/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-084/2011

1. Der Stadtrat beschließt die Maßnahme „Sanierung des ehemaligen Chemiehandels, Werner-Seelenbinder-Straße“ im Zeitraum 2011 bis 2016.
2. Die Maßnahme wird vorbehaltlich des Erlasses der Haushaltssatzung 2011 sowie unter der Voraussetzung der Bewilligung von Fördermitteln gemäß Förderrichtlinie – RL BUG/2007 in Höhe von 75 % für den Zeitraum von 2011 bis 2015 durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

8 Informationsvorlagen

- 8.1 Organisation, Stellen, Personal, Information + Kommunikation der SVC – Bericht 2010 (OSPI-Bericht 2010)
Vorlage: I-035/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 18
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt zur Seite 9 in Anlage 1, wie das Szenario der Oberbürgermeisterin aussehe, die Verwaltung personell perspektivisch zu verjüngen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung oder der Verbesserung von Qualität als Dienstleistung der Verwaltung.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Maßnahmeplan zum Rahmenplan zur Integration von Migrantinnen und Migranten in der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-030/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Bericht und weitere Maßnahmen zum Hochwasserschutz in der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-034/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
-

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

- 9.1 Ergebnisoffene Prüfung einer Fusion der City-Management und Tourismus Chemnitz GmbH (CMT) und der Stadthalle Chemnitz GmbH
Vorlage: BA-009/2011 Einreicher: Fraktion FDP
-

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) beantragt die Nichtbefassung des Beschlussantrages aufgrund des Abstimmungsergebnisses zur Beschlussvorlage B-111/2011.

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen)**

- 9.2 Fortschreibung des Konzept zur Deckung des mittel- und langfristigen Personal- und Fortbildungsbedarfs
Vorlage: BA-010/2011 Einreicher: Fraktion FDP, CDU-Ratsfraktion
-

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) erläutert das Anliegen des Beschlussantrages. Es gehe darum, die Verwaltung und den Stadtrat für eine funktionierende Verwaltung zu sensibilisieren. Es bedarf ausreichender Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten. Dabei gehe es den Einreichern darum, informiert zu werden wo es Probleme gebe und wo angesetzt werden müsse. Er stellt den Antrag auf Nichtbefassung des Beschlussantrages in der heutigen Sitzung und Verweis des Antrages zur Vorberatung in den Verwaltungs- und Finanzausschuss.

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung und Verweis in den Verwaltungs- und Finanzausschuss

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) fragt, ob die Wegstrecke über den Brühl-Boulevard tatsächlich gewollte Umleitungsstrecke für Busse oder Autos sei. Wenn ja, bittet sie darum, dass Kinder besser geschützt werden können. Wenn dem nicht so sei, bittet sie darum, dass vermehrt Kontrollen an dieser Stelle durchgeführt werden.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt ergänzend zu seiner Ratsanfrage RA-138/2011 zu einem Hochwasserwarnsystem, welche Bieter aus welchen Gründen von einer Vergabe ausgeschlossen wurden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) fragt zu weiteren barrierefreien Pfaden, wie die Stadtverwaltung zukünftig besser umsetzen und gewährleisten möchte, dass die Bequemlichkeitsstreifen auch begehbar sind, nicht blockiert oder zugestellt werden. Sie möchte auch wissen, warum die Stadt Genehmigungen ausstelle, welche Stellflächen direkt auf den Bequemlichkeitsstreifen zu lassen.

Zum Zweiten möchte sie zum Bürgerhaus am Wall wissen, bis wann die Mängel an der Barrierefreiheit, insbesondere durch taktile Leitstreifen für Blinde, ein für Rollstuhlfahrer erreichbarer Fristenbriefkasten und Kassenautomaten, Griffe an den Behinderten-WC und Kenntlichmachung von in dem Weg stehenden Säulen und fehlende öffentliche Behindertenparkplätze behoben werden.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob die Stadtverwaltung derzeit an der Überführung der Chemnitzer Bäder in eine andere Betreiberform arbeite und wenn ja, auf Grundlage welcher Beschlusslage und mit welcher Zielstellung.

Die Stadtratsmitglieder Herr Reinshagen, Herr Konrad, Frau Saborowski-Richter und Herr Otto geben schriftliche Ratsanfragen ab.

- 11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP)** und **Herr Stadtrat Schulze (Fraktion DIE LINKE)** bestätigt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bedankt sich auch im Namen des Stadtrates und der Bürgermeister bei Herrn Bürgermeister Nonnen für eine intensive, ergebnis- und zielorientierte Zusammenarbeit und sein Engagement. Sie wünscht ihm alles Gute auf seinem weiteren Weg.

Herr Bürgermeister Nonnen dankt den Stadträtinnen und Stadträten sowie der Oberbürgermeisterin und den Bürgermeistern sehr herzlich für die allzeit konstruktive, vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit in den 10 Jahren seiner Amtszeit als Bürgermeister.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt die Sitzung.

12.05.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

16.05.2011 *Konrad*
Datum Konrad
Mitglied
des Stadtrates

16.05.2011 *J. Schulze*
Datum Schulze
Mitglied
des Stadtrates

11.05.2011 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin